

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:107788-2013:TEXT:DE:HTML>

**D-Berlin: Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen
2013/S 064-107788**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2004/18/EG

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin, Abteilung Immobilien und Verkehr, SE FM - Hochbauservice
Postfach

Zu Händen von: Herr Roger Buhrig

14160 Berlin

DEUTSCHLAND

Telefon: +49 30902995638

E-Mail: roger.buhrig@ba-sz.berlin.de

Fax: +49 30902996101

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers: <http://www.berlin.de/ba-steglitz-zehlendorf/>

Weitere Auskünfte erteilen:

Fiebig Schönwälder Zimmer, Architektur+Stadtplanung

Bülowstr. 66

Zu Händen von: Frau Barbara Zimmer

10783 Berlin

DEUTSCHLAND

Telefon: +49 3021751920

E-Mail: zimmer@planungskultur.de

Fax: +49 3021751859

Internet-Adresse: <http://www.planungskultur.de>

**Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen
Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:**

Fiebig Schönwälder Zimmer, Architektur+Stadtplanung

Bülowstr. 66

Zu Händen von: Frau Barbara Zimmer

10783 Berlin

DEUTSCHLAND

Telefon: +49 3021751920

E-Mail: zimmer@planungskultur.de

Fax: +49 3021751859

Internet-Adresse: <http://www.planungskultur.de>

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:

Fiebig Schönwälder Zimmer, Architektur+Stadtplanung

Bülowstr. 66
Zu Händen von: Frau Barbara Zimmer
10783 Berlin
DEUTSCHLAND
Telefon: +49 3021751920
E-Mail: zimmer@planungskultur.de
Fax: +49 3021751859
Internet-Adresse: <http://www.planungskultur.de>

- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
Allgemeine öffentliche Verwaltung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

Abschnitt II: Auftragsgegenstand

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**
Projekt: Rathaus Zehlendorf im Berliner Bezirk Steglitz-Zehlendorf, Brandschutz- und Strangsanierung des Gebäudekomplexes. Auftrag: Gesamtplanung mit darin enthaltenen Leistungen der Objektplanung (HOAI §33), der Tragwerksplanung (HOAI §49), der Technischen Ausrüstung (HOAI §53), Leistungen zum Brandschutz in Anlehnung an AHO-Schriftenreihe Nr. 17 der AHO-Fachkommission „Brandschutz“ sowie weiteren Leistungen, sofern für die Durchführung des Gesamtvorhabens erforderlich.
- II.1.2) **Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung**
Dienstleistungen
Dienstleistungskategorie Nr 12: Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen
Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Berlin
NUTS-Code DE300
- II.1.3) **Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS)**
Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag
- II.1.4) **Angaben zur Rahmenvereinbarung**
- II.1.5) **Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens**
Siehe Ziff. II.1.1 sowie
Die Bauten an der Kirchstraße 1-3 im Berliner Bezirk Zehlendorf müssen durch bauliche und anlagentechnische Maßnahmen brandschutztechnisch ertüchtigt werden. Daneben sollen Teile der technischen Ausrüstung erneuert werden, insbesondere das Trink- und Abwassernetz, um die Trinkwasserqualität nachhaltig zu verbessern und der neuen Trinkwasserverordnung nachzukommen.
Bei dem Rathaus Zehlendorf handelt es sich um ein Ensemble aus den 4 freistehenden Gebäuden A, B, D und E und dem Gebäude C, das die 4 Gebäude im Erdgeschoß miteinander verbindet. Das denkmalgeschützte 5- bis 6-geschossige Gebäude A aus dem Jahr 1928 wurde als Massivbau mit parallel verlaufenden tragenden Außen- und Mittelwänden und Stahlsteindecken ausgebildet. Das 5-geschossige Gebäude D aus dem Jahr 1953 ist ein Stahlbeton-Skelettbau mit schlichter Rasterfassade aus ungedämmten Außenstützen und

Sekundärpfosten. Die Gebäude B, C, und E wurden als Stahlbeton-Skelettbauten mit Stahlbetondeckenplatten und vorgehängten Betonfertigteilen aus Waschbeton in den Jahren 1966-71 errichtet. Das Bauteil B ist 5-geschossig. Bei dem Bauteil C handelt es sich um ein 1-geschossiges aufgeständertes Verbindungsgebäude. Das Bauteil E ist bis zu 7-geschossig, im Untergeschoss befindet sich der Ratskeller mit Speise-, Küchen- und Technikräumen.

Das Bauvorhaben umfasst im Einzelnen folgende Maßnahmen:

1. Brandschutzsanierung der Bauteile B bis E: Der bauliche Brandschutz umfasst die Ausbildung von zweiten notwendigen baulichen Rettungswegen in den Gebäuden B und E, die brandschutztechnische Unterteilung der Gebäude C (Trennung mit Rauchschutztüren) und D (Ausbildung von Brandwänden) sowie die brandschutztechnische Ertüchtigung der Treppenhäuser in Gebäude D. Bestandteil der Maßnahmen sind auch ggf. erforderliche Schadstoffsanierungen (Außenfassaden, Fenster, Decken).

Der anlagentechnische Brandschutz beinhaltet die Erneuerung der Brandmelde- und Alarmierungseinrichtungen sowie die Erneuerung der Leitungs-, Lüftungs- und Blitzschutzanlagen (Untersuchung und ggf. Erneuerung Sicherheitsbeleuchtung und Ersatzstromversorgung von sicherheitsrelevanten Einrichtungen) in den Bauteilen B bis E mit Anbindung und Aufschaltung auf die vorhandene Brandmeldeanlage (Firma Bosch) in Bauteil A.

2. Optional (vorbehaltlich Mittelbereitstellung): Sanierung des Trinkwasser- und Abwassernetzes in den Gebäuden A bis E: Strangsanierung inklusive Schadstoffbeseitigung (Isolierungen) sowie Erneuerung der Sanitärbereiche.

3. Optional (vorbehaltlich Mittelbereitstellung): Sanierung der Lüftungsanlage im Gebäude E: Sanierung der Küchenabluftanlage einschließlich sicherheitsrelevanter Komponenten (Gasfreigabe Herd).

4. Optional (vorbehaltlich Mittelbereitstellung): Erneuerung Aufzüge in den Bauteilen A, B, D und E.

5. Optional (vorbehaltlich Mittelbereitstellung): Erneuerung Photovoltaikanlage Bauteil E.

Die Baumaßnahmen sind bei laufendem Betrieb und in mehreren Bauabschnitten geplant.

Neben den Umweltschutzgesetzen des Bundes und des Landes sind die „Wirtschaftlichen Standards öffentlichen Bauens“ und der „Leitfaden für Nachhaltiges Bauen“ Grundlage der Gesamtplanung; in allen Leistungsphasen ist der Nachweis der Wirtschaftlichkeit zu führen.

Die geplante Baumaßnahme zeichnet sich zusammenfassend wie folgt aus: 1. Gebäudetyp:

Verwaltungsgebäude; 2. Art der Baumaßnahme: Bauen im Bestand; 3. Größenordnung: rd. 20 000 m² BGF (beheizt); geschätzte Gesamtbaukosten (Kostengruppe 200 bis 700 nach DIN 276): ca. 5,78 Mio. EUR brutto (bauliche und anlagentechnische Maßnahmen zum Brandschutz: ca. 2,5 Mio. EUR brutto / Maßnahmen für Erneuerung der Abwasser-/Wasseranlagen und der Lufttechnischen Anlage (Küche) ca. 2,7 Mio. EUR brutto / Erneuerung der Aufzüge ca. 0,5 Mio. EUR brutto / Erneuerung der Photovoltaikanlage ca. 0,08 Mio. EUR brutto).

Der Auftrag umfasst die Gesamtplanung für die vorstehend beschriebenen Baumaßnahmen. Darin sind folgende Leistungsbereiche enthalten:

A. Objektplanung für Gebäude und raumbildende Ausbauten gem. HOAI §33:

1. Gesamtheit der Maßnahmen: Leistungen der Leistungsphase 2 teilweise (soweit in Ergänzung der vorhandenen Unterlagen erforderlich) sowie Leistungsphase 3.

2. Brandschutzsanierung: Leistungen der Leistungsphasen 4 bis 9 und ggf. ausgewählte Besondere Leistungen.

3. Zusätzlich besteht die Option auf die Leistungen der LPh 4 bis 9 für die übrigen Maßnahmen (Sanierung Trinkwasser- und Abwassernetz in den Gebäuden A bis E, Sanierung Lüftungsanlage Gebäude E; Erneuerung Aufzüge Gebäude A, B, D und E; Erneuerung Photovoltaikanlage Bauteil E).

B. Leistungen der Tragwerksplanung gem. HOAI §49:

1. Gesamtheit der Maßnahmen: alle Grundleistungen Leistungsphasen 1 bis 3.
 2. Brandschutzsanierung: Leistungen der Leistungsphasen 4 bis 6 und ggf. ausgewählte Besondere Leistungen.
 3. Zusätzlich besteht die Option auf die Leistungen der LPh 4 bis 6 für die übrigen Maßnahmen (s.o.).
- C. Leistungen der Technischen Ausrüstung gem. HOAI §53, umfassend die Anlagengruppen 1 (Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen), 2 (Wärmeversorgungsanlagen), 3 (Lufttechnische Anlagen), Anlagengruppen 4 (Starkstromanlagen, hier: Photovoltaikanlage), 5 (Fernmelde- und informationstechnische Anlagen) und 6 (Förderanlagen) nach HOAI § 51:
1. Gesamtheit der Maßnahmen (alle vorgenannten Anlagengruppen): Leistungen der Leistungsphasen 2 (teilweise, soweit in Ergänzung der vorhandenen Unterlagen erforderlich) sowie Leistungsphase 3.
 2. Brandschutzsanierung (Anlagengruppen 2, 4 und 5): alle Grundleistungen Leistungsphasen 4 bis 9 und ggf. ausgewählte Besondere Leistungen.
 3. Zusätzlich besteht die Option auf die Leistungen der LPh 4 bis 9 für die übrigen Maßnahmen (s.o., alle vorgenannten Anlagengruppen.).
- D. Leistungen zum Brandschutz gem. AHO-Schriftenreihe Nr. 17, Abschnitt 1.4:
1. Brandschutzsanierung: alle Grundleistungen der Leistungsphasen 4 bis 9 und ggf. ausgewählte Besondere Leistungen.

Darüber hinaus werden weitere Leistungen erforderlich und beauftragt:

E. Leistungen für die Koordinierung von Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (SiGeKo).

F. Leistungen für Umzugsplanung für die Baumaßnahme Brandschutzsanierung.

Die Fachplaner/-gutachter und Berater für die Leistungsbereiche E und F sind erst in der 2. Stufe des Vergabeverfahrens (im Falle der Einladung zur Verhandlung) zu benennen. Bestandteil der Honorarabfrage in der 2. Stufe des Vergabeverfahrens werden die Leistungen der Leistungsbereiche A bis F.

Weitere Fachplaner/-gutachter (z. B. Leistungen für Bodenmechanik, Erd- und Grundbau gem. HOAI Anlage 1.4 für die Ausbildung von zweiten notwendigen baulichen Rettungswegen), sofern für die Durchführung des Vorhabens erforderlich, sind erst im weiteren Verlauf durch den Gesamtplaner einzubinden (Beauftragung erfolgt durch AG). Honorarangebote sind dem Wettbewerb zu unterstellen; der Auftraggeber behält sich ein Mitspracherecht bezüglich der Wahl der Fachplaner/-gutachter vor.

Im Rahmen des Bewerberverfahrens sind nur die Leistungsbereiche A bis D durch Referenzen zu belegen.

Optionale Leistungen: s. Ziff. II.2.2.

Die Leistungen werden nur zusammen vergeben. Eine losweise Vergabe der Planungsleistungen ist aufgrund der Komplexität der Bauaufgabe nicht beabsichtigt.

Die Vergabe erfolgt stufenweise (s. Ziff. II.2.2) ohne Rechtsanspruch auf die Beauftragung aller Leistungsstufen.

Aktueller Projektstand: Folgende Unterlagen liegen vor und werden im Falle der Einladung zur Verhandlung zur Verfügung gestellt: Brandschutzgutachten vom Juli 2011 (Verf.: GPlant GbR), Trinkwasserkonzept des Bezirksamtes Steglitz-Zehlendorf vom August 2012, Stellungnahme des FB Hochbauservice zur Sanierung der Aufzugsanlagen im Rathaus Zehlendorf.

Die Umsetzung der Maßnahmen soll abschnittsweise von Anfang 2014 bis Ende 2018 erfolgen; die Brandschutzsanierung soll Ende 2016 abgeschlossen sein.

II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
71240000

II.1.7) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**
Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): ja

II.1.8) **Lose**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.1.9) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang:**

Gesamtplanungsleistungen, (siehe Ziff. II.1.5) „Beschreibung/Gegenstand des Auftrags“.

II.2.2) **Angaben zu Optionen**

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen: (1) Stufenweise Beauftragung: Die Vergabe erfolgt stufenweise entsprechend den Festlegungen der A-Bau ohne Rechtsanspruch auf die Beauftragung aller Leistungsstufen. Mit dem Abschluss des Vertrages werden lediglich die Leistungen der Vertragsstufe A1 entsprechend Vorschrift A-Bau beauftragt, soweit diese nach Ziffer II.1.5 Gegenstand der zu vergebenden Leistung sind. Die weiteren Stufen entsprechend A-Bau werden einzeln oder im Ganzen schriftlich beauftragt. Voraussichtlich:

Stufe 1 (Gesamtheit der Maßnahmen): HOAI §§33, 49, 53, Leistungen der LPH 2 und ggf. ausgewählte Besondere Leistungen.

Stufe 2 (Gesamtheit der Maßnahmen): HOAI §§33, 49, 53, Leistungen der LPH 3 und ggf. ausgewählte Besondere Leistungen.

Stufe 3 (Brandschutzsanierung): HOAI §§33, 49, 53 (nur AGr 2, 4 und 5 gem. HOAI §51), Leistungen der LPH 4 und 5 und ggf. ausgewählte Besondere Leistungen; Leistungen zum Brandschutz gem. AHO-Schriftenreihe Nr. 17, Abschnitt 1.4, Grundleistungen der LPH 4 und 5 und ggf. ausgewählte Besondere Leistungen.

Stufe 4: HOAI §§33, 53 (nur AGr 2, 4 und 5 gem. HOAI §51): Leistungen der LPH 6 bis 9 und ggf. ausgewählte Besondere Leistungen; HOAI §49: Leistungen der LPH 6 und ggf. ausgewählte Besondere Leistungen; Leistungen zum Brandschutz gem. AHO-Schriftenreihe Nr. 17, Abschnitt 1.4: Grundleistungen der LPH 6 bis 9 und ggf. ausgewählte Besondere Leistungen; Leistungen für die Koordinierung von Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (SiGeKo): alle für die Durchführung der Maßnahme erforderlichen Leistungen; Leistungen für Umzugsplanung für die Brandsanierung: alle für die Durchführung der Maßnahme erforderlichen Leistungen.

(2) Optionen (vorbehaltlich Mittelbereitstellung) Einzeln oder im Ganzen und nach Maßgabe von Ziff. 1 (stufenweise Beauftragung):

- Sanierung des Trinkwasser- und Abwassernetzes in den Gebäuden A bis E,
- Sanierung der Küchenabluftanlage im Gebäude E,
- Erneuerung Aufzüge in den Bauteilen A, B, D und E,
- Erneuerung Photovoltaikanlage Bauteil E.

Es werden optional folgende Leistungen vergeben, soweit für die Durchführung der Einzelmaßnahmen erforderlich: Leistungen gem. HOAI §§33 und 53: Leistungsphasen 4 bis 9 und ggf. ausgewählte Besondere Leistungen; Leistungen gem. HOAI §49: Leistungsphasen 4 bis 6 und ggf. ausgewählte Besondere Leistungen; Leistungen für die Koordinierung von Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (SiGeKo): alle für die Durchführung der Maßnahme erforderlichen Leistungen; Leistungen für Umzugsplanung für die Brandsanierung: alle für die Durchführung der Maßnahme erforderlichen Leistungen.

(3) Sofern für die Durchführung der einzelnen Maßnahmen erforderlich: Vergabe weiterer Fachplaner/-gutachter-/Beraterleistungen.

II.2.3) **Angaben zur Vertragsverlängerung**

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung**

Laufzeit in Monaten: 43 (ab Auftragsvergabe)

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Bedingungen für den Auftrag

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Der Auftragnehmer hat im Auftragsfall eine objektbezogene Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mind. 1,0 Mio. EUR je Schadensfall für Personenschäden sowie 0,5 Mio. EUR für sonstige Schäden nachzuweisen und für die gesamte Dauer des Vertrages aufrechtzuerhalten. Eine Erklärung, dass diese im Auftragsfall abgeschlossen wird, ist erforderlich (s. Bewerbungsformular).

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

1. Vertrag;
2. Allgemeine Vertragsbedingungen (AVB) zu den Verträgen für freiberuflich Tätige;
3. Honorarordnung für Architekten und Ingenieure HOAI; Stand: Juni 2009;
4. Bürgerliches Gesetzbuch (BGB);
5. Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften des Landes Berlin (siehe <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/service/gesetzestexte/de/bauen.shtml>), u.a. A-Bau, LHO Berlin, BauOBl, Liste der Technischen Baubestimmungen (keine abschließende Auflistung) sowie ergänzende Vorschriften und Regeln.
6. Festlegungen des AG: Objektplanung HOAI §34: Honorarzone III; Tragwerksplanung HOAI §50: Honorarzone III; Technische Ausrüstung HOAI §54: Honorarzone II.
7. Die prozentuale Bewertung der (Grund-) Leistungen in den HOAI-Leistungsbildern ist teilweise abweichend von den Vorgaben der HOAI. Dies trägt dem Umstand Rechnung, dass der Bauherr Teilleistungen übernimmt und/ oder an Leistungen mitwirkt (LPh 7, 8, 9) und entspricht den Vorgaben der ABau.
8. Bei der Vereinbarung von Zeithonoraren werden die folgenden Stundensätze nicht überschritten:
Auftragnehmer: 54,00 EUR/Stunde; Mitarbeiter: 45,00 EUR/Stunde; Technische Zeichner, sonstige Mitarbeiter mit vergleichbarer Qualifikation: 36,00 EUR/Stunde.

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bewerbergemeinschaften sind vor Angebotsabgabe nicht verpflichtet, eine bestimmte Rechtsform anzunehmen. Bewerbergemeinschaften haben mit ihrer Bewerbung eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung (Bewerbergemeinschaftserklärung) unter zwingender Verwendung des beim Auftraggeber für die Abgabe einer Bewerbung abzurufenden Formblattes (vgl. Ziff. VI.3) der Bekanntmachung abzugeben,

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Wird diese Bewerbergemeinschaftserklärung nicht von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft im Original unterschrieben mit der Bewerbung eingereicht, wird die Bewerbung der Bewerbergemeinschaft zwingend ausgeschlossen (VOF §5 [3] wird berücksichtigt).

Mehrfachbeteiligungen, d.h. parallele Beteiligung als Einzelbieter und gleichzeitig als Gesellschafter einer Bietergemeinschaft, werden ausgeschlossen, sofern die betroffenen Bieter nicht nachweisen, dass die Angebote völlig unabhängig voneinander erstellt wurden.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: ja

Darlegung der besonderen Bedingungen: — Anforderungen nach dem Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (AVG).

— Der Bewerber muss bereit sein, im Falle der Angebotsabgabe eine Erklärung gemäß § 1 Abs. 2 der Verordnung über die Förderung von Frauen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Frauenförderverordnung - FFV) abzugeben (wird den Angebotsunterlagen beigelegt).

— Der Bewerber (einschließlich eventueller Nachunternehmer) darf weder einen Eintrag im Berliner Korruptionsregister, Gewerbezentralregister noch in den Sanktionslisten der EG-Antiterrorismusverordnungen(EG) Nr. 2580/2001 und 881/2002 haben. Eine Abfrage erfolgt vor Zuschlagserteilung.

— Die örtliche Präsenz in Berlin während der Planungs- und Bauzeit ist während der Planungszeit in engen Intervallen gemäß Erfordernis und während der Bauzeit durchgehend sicherzustellen. Die personelle Kontinuität bezüglich der Präsenz vor Ort ist sicherzustellen.

— Die Baumaßnahmen werden abschnittsweise und bei laufendem Betrieb auf der Grundlage der Umzugsplanung erfolgen.

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) **Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Folgende Nachweise/Erklärungen – bei Bewerbergemeinschaften von allen Mitgliedern – sind zwingend gefordert; bei Nichtvorlage/Nichtabgabe oder unvollständiger Abgabe mit der Bewerbung wird der Bewerber zwingend ausgeschlossen (VOF §5 [3] wird berücksichtigt):

(1) Soweit der Bewerber eintragungspflichtig ist: Auszug aus dem Handelsregister oder dem vergleichbaren Register des Heimatlandes des Bewerbers (ggf. in Kopie) sowie Eigenerklärung (s. Bewerbungsformular) des Bewerbers, dass der Auszug den aktuellen Eintragungsstand wiedergibt.

(2) Eigenerklärung (s. Bewerbungsformular) des Bewerbers, dass

a. keine Ausschlussgründe gem. VOF §4 (6) vorliegen;

b. über sein Vermögen kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist bzw. im Falle eines ausländischen Bewerbers er sich nicht in Verhältnissen befindet, die nach den Rechtsvorschriften seines Landes mit den vorgenannten Verfahren vergleichbar sind;

c. sein Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet und er seine Tätigkeit nicht eingestellt hat bzw. im Falle eines ausländischen Bewerbers er sich nicht in Verhältnissen befindet, die nach den Rechtsvorschriften seines Landes mit den vorgenannten Verfahren vergleichbar sind;

d. er nicht aufgrund eines rechtskräftigen Urteils aus Gründen bestraft worden ist, die seine berufliche Zuverlässigkeit in Frage stellen;

e. er im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, die vom Auftraggeber nachweislich festgestellt wurde;

f. er seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nach den Rechtsvorschriften seines Heimatlandes ordnungsgemäß erfüllt hat;

g. er sich bewusst ist, dass eine falsche Angabe den Ausschluss aus dem Bewerberkreis zur Folge hat;

h. er im Auftragsfall die Versicherung gemäß III.1.1 der Bekanntmachung für die gesamte Vertragslaufzeit zur Verfügung stellt.

(3) Eigenerklärung (s. Bewerbungsformular) des Bewerbers zu wirtschaftlichen Verknüpfungen.

(4) Eigenerklärung zur Beruflichen Befähigung (s. Bewerbungsformular); vgl. Ziff. III.3.1.

(5) Beruft sich der Bewerber/ oder Bieter, bei der Erfüllung des Auftrages auf die Kapazitäten anderer Unternehmen (Nachunternehmern), sind in der 2. Stufe des Verhandlungsverfahrens (im Falle der Einladung zur Verhandlung) für den Nachunternehmer die Erklärungen nach §4 (2) VOF (Unabhängigkeit/ Zusammenarbeit) und §4 (6) und (9) VOF (über das Nichtzutreffen möglicher Ausschlussgründe) sowie – sofern nicht bereits mit der Bewerbung erfolgt (s. Ziff. III.2.3 Unterpkt. 3) - die Verpflichtungserklärung nach VOF §5 (6) VOF vorzulegen.

III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Folgende Erklärungen (s. Bewerbungsformular) – bei Bewerbergemeinschaften für das sich bewerbende Team als Ganzes – sind zwingend gefordert; bei Nichtabgabe oder unvollständiger Abgabe mit der Bewerbung wird der Bewerber zwingend ausgeschlossen (VOF §5 [3] wird berücksichtigt):

(1) Eigenerklärung zum Netto-Jahresumsatz in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren (2012, 2011, 2010) für Architekten- und Ingenieurleistungen in den Leistungsbereichen A bis D gem. Ziff. II.1.5 gesamt sowie für Architekten- und Ingenieurleistungen in den Leistungsbereichen A bis D gem. Ziff. II.1.5 im Bereich Bauen im Bestand (Umbau- / Modernisierungs- / Instandhaltungs- / Instandsetzungsmaßnahmen im Sinne HOAI 2009 §2).

Im Falle der Einschaltung eines Nachunternehmers darf der Umsatz des Nachunternehmers nur entsprechend seines Anteils am Gesamtauftrag angegeben werden, wenn der Nachunternehmer diesen Umsatz mit vergleichbaren Leistungen erzielt hat. (Ziff. III.2.1 Unterpunkt 5 und Ziff. III.2.3 Unterpunkt 3 sind zu beachten).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards: (1) Keine

III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Folgende aktuellen Nachweise/Erklärungen sind zwingend gefordert; bei Nichtvorlage/Nichtabgabe oder unvollständiger Angabe mit der Bewerbung wird der Bewerber zwingend ausgeschlossen (VOF §5 [3] wird berücksichtigt):

(1) Darstellung (s. Bewerbungsformular) der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2012, 2011, 2010) jahresdurchschnittlich beschäftigten festangestellten Mitarbeiter (einschließlich Führungskräfte) aufgeschlüsselt in

a. Architekten und Ingenieure im Leistungsbild Objektplanung im Sinne HOAI 2009 §33 / Architekten und Ingenieure im Leistungsbild Objektplanung im Sinne HOAI 2009 §33 mit mind. 3 Jahren Berufserfahrung;

b. Ingenieure im Leistungsbild Tragwerksplanung im Sinne HOAI 2009 §49 / Ingenieure im Leistungsbild Tragwerksplanung im Sinne HOAI 2009 §49 mit mind. 3 Jahren Berufserfahrung;

c. Ingenieure im Leistungsbild Technische Ausrüstung im Sinne HOAI 2009 §53 / Ingenieure im Leistungsbild Technische Ausrüstung im Sinne HOAI 2009 §53 mit mind. 3 Jahren Berufserfahrung / Ingenieure im Leistungsbild Technische Ausrüstung im Sinne HOAI 2009 §53 mit Zertifizierung gem. DIN 14675 für Planung von Brandmeldeanlagen;

d. Architekten und Ingenieure im Leistungsbild Brandschutz im Sinne AHO-Schriftenreihe Nr. 17 (2009), Abschnitt 1.4 / Architekten und Ingenieure im Leistungsbild Brandschutz im Sinne AHO-Schriftenreihe Nr. 17 (2009), Abschnitt 1.4, mit mind. 3 Jahren Berufserfahrung.

Im Falle der Einschaltung eines Nachunternehmers dürfen nur die Mitarbeiter des Nachunternehmers angegeben werden, die in dem für die Nachunternehmervergabe vorgesehenen Leistungsanteil tätig waren.

(2) Darstellung (siehe Bewerbungsformular) der Personen, die für die zu vergebenden Leistungen vorgesehen sind. Die Angaben sind auf die Projektleitung / Stellvertretende Projektleitung im Leistungsbild Objektplanung gemäß HOAI 2009 §33 und Technische Ausrüstung gemäß HOAI 2009 §53 zu beschränken. Folgende

Angaben sind zu tätigen: 1. Projektleitung/stellvertretende Projektleitung Objektplanung: Name, Akademischer Grad/Titel, Dauer der Berufserfahrung im Leistungsbild Objektplanung im Sinne HOAI §33 insgesamt und in der Position als Projektleiter/stellvertretender Projektleiter, Bearbeitung eines der benannten Referenzprojekte (Abschnitt 5 des Bewerbungsformulars) in der Position als Planer im Leistungsbild Objektplanung und/oder in der Position als Projektleiter/stellvertretender Projektleiter; 2. Projektleitung/stellvertretende Projektleitung Technische Ausrüstung: Name, Akademischer Grad/Titel, Dauer der Berufserfahrung im Leistungsbild Technische Ausrüstung im Sinne HOAI 2009 §53 insgesamt und in der Position als Projektleiter/stellvertretender Projektleiter, Bearbeitung eines der benannten Referenzprojekte (Abschnitt 5 des Bewerbungsformulars) in der Position als Planer im Leistungsbild Technische Ausrüstung und/oder in der Position als Projektleiter/stellvertretender Projektleiter.

(3) Darstellung (s. Bewerbungsformular), welche Leistungen mit dem eigenen Büro und welche ggf. durch Nachunternehmer erbracht werden sowie deren Benennung. Beabsichtigt der Bewerber/die Bewerbungsgemeinschaft bereits zum Nachweis seiner/ihrer Leistungsfähigkeit auf die Ressourcen/Mittel von Nachunternehmern zu verweisen, so muss der Bewerber/die Bewerbungsgemeinschaft in diesem Fall die tatsächliche Zugriffsmöglichkeit auf die benannten Nachunternehmer schon mit der Bewerbung nachweisen (Verpflichtungserklärung gem. VOF §5, Absatz 6), ansonsten wird der Bewerber/die Bewerbungsgemeinschaft zwingend ausgeschlossen. Als Nachweis ist zwingend das Formblatt „Nachunternehmerverpflichtungserklärung“ zu verwenden und vollständig ausgefüllt sowie unterschrieben dem Bewerbungsformular als Anhang beizulegen.

(4) Für die in Ziff. II.1.5 (Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens) der Bekanntmachung aufgeführten Leistungsbereiche A bis D Angaben mindestens zu zwei und maximal zu sechs realisierten Referenzprojekten aus dem Bereich Bauen im Bestand (Umbau-/ Modernisierungsmaßnahme und/oder Instandhaltungs-/Instandsetzungsmaßnahme im Sinne HOAI 2009 §2) mit einer BGF größer/gleich 7 000 m², die in den letzten 5 Jahren (04/2008 bis 03/2013) abgeschlossen wurden (Fertigstellung Leistungsphase 8 im Sinne HOAI) und bei denen Architekten-/Ingenieurleistungen erbracht wurden, die mit den in Ziff. II.1.5 beschriebenen Leistungen nach Art und Umfang vergleichbar sind.

Referenzschreiben, die den erfolgreichen Abschluss hinsichtlich der Kosten, Termine, Qualitäten und Zusammenarbeit belegen, können der Bewerbung als Anlage beigefügt werden und gehen dann positiv in die Bewertung ein. Der Auftraggeber behält sich vor, Erkundigungen bei Betreiber bzw. Bauherr einzuholen. Der Bewerber muss die einzelnen Referenzprojekte auf jeweils max. zwei DIN-A4-Seiten in Form von Texten, Plänen, Fotos oder Skizzen weiterführend darstellen. Bei Nichtvorlage wird/werden die Referenz/en nicht gewertet.

Die Referenzprojekte müssen nicht von jedem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft vorgewiesen werden, vielmehr sind die Angaben zu den Referenzprojekten von der Bewerbungsgemeinschaft (inkl. Nachunternehmer, sofern zutreffend) insgesamt zu machen. Mitarbeiterreferenzen sind nicht zugelassen.

Für die Wertungsfähigkeit der Referenzprojekte müssen folgende Unterangaben vollständig getätigt werden:

- Bezeichnung der Maßnahme und Land/Ort;
- Auftraggeber;
- Bei Bietergemeinschaften/ Nachunternehmern zusätzlich: Auftragnehmer (Mitglied der Bietergemeinschaft bzw. Nachunternehmer);
- Datum der Fertigstellung Leistungsphase 8 im Sinne HOAI 2009 §33;
- Bruttogrundfläche BGF insgesamt;
- Projektkosten (KGr 300 und 400 nach DIN 276 Neu);
- Art der Baumaßnahme (Umbau-/Modernisierungsmaßnahme, Instandhaltungs-/Instandsetzungsmaßnahme, Brandschutzsanierung);

— Baualter/Status (Bestandsobjekt aus den 50er/70er Jahren, Bestandsobjekt aus der Gründerzeit, Baudenkmal);
— Gebäudetypologie (Büro-/Verwaltungsgebäude, Rathaus, Sonstige);
— Bearbeitete Leistungsphasen im Sinne HOAI 2009 §§33, 49, 53 (differenziert nach Anlagengruppen) bzw. AHO-Schriftenreihe Nr. 17 (2009), Abschnitt 1.4.
Fehlt eine oder mehrere der vorgenannten Angaben, so wird das entsprechende Referenzprojekt nicht in die Wertung aufgenommen.

Für die Bewertung der fachlichen Eignung sind zusätzlich folgende Angaben zu tätigen (nicht zwingend in Bezug auf die Wertungsfähigkeit der Referenzprojekte): Angaben zu weiteren Projektspezifika:

— Objektplanung: Honorarzone(n) im Sinne HOAI 2009 §34; Planung/Überwachung von Sanierungsarbeiten für schadstoffhaltige Baustoffe bzw. Bauteile; statisch relevante Teilabbruchmaßnahmen innerhalb des Bestandes; Planung/Realisierung einer nachträglichen Erschließung (zweiter notwendiger baulicher Rettungsweg); Erstellung BPU/EU gemäß A-Bau; Wirtschaftlichkeitsnachweise; Planen und Überwachen von Maßnahmen zum Schutz von vorhandener Substanz; Mitwirken bei der Beschaffung der nachbarlichen Zustimmung; Erstellen von Wartungs- und Pflegeanweisungen;

— Tragwerksplanung: Honorarzone(n) im Sinne HOAI 2009 §50; kostenoptimierte, tragwerksplanerische Kompensation von Eingriffen in die vorhandene Bausubstanz (Tragstruktur mit Verstärkungsmaßnahmen); (Ertüchtigungs-) Maßnahmen zur Gewährleistung der Anforderungen an den konstruktiven Brandschutz; Bauphysikalische Nachweise zum Brandschutz; Ingenieurtechnische Kontrolle der Ausführung des Tragwerks / der Tragwerkseingriffe auf Übereinstimmung mit den geprüften statischen Unterlagen; Ingenieurtechnische Kontrolle der Baubehelfe, zum Beispiel Arbeits- und Lehrgerüste, Kranbahnen, Baugrubensicherungen;

— Technische Ausrüstung: Honorarzone(n) im Sinne HOAI 2009 §54; Planung / Realisierung einer Stranganierung im Bereich Trinkwasser/Abwasser; Planung/Überwachung von Sanierungsarbeiten für schadstoffhaltige Baustoffe bzw. Bauteile; Planung/Realisierung der Sanierung einer Küchenabluftanlage; Planung/Realisierung einer Photovoltaikanlage; Durchführen von Leistungs- und Funktionsmessungen; Planung/Realisierung einer RWA-Anlage; Planung/Realisierung einer Brandmelde-/Alarmierungsanlage; Planung/Realisierung von Sicherheitsbeleuchtung; Planung/Realisierung eines elektromotorisch angetriebenen Schließmechanismus (elektrisches Brandschutz-Türsystem); Planung/Realisierung der Löschwasserversorgung; Ausbilden und Einweisen von Bedienungspersonal; Erarbeiten der Wartungsplanung und -organisation;

— Brandschutz: Mitwirkung bei der Ausführungsplanung; Prüfung von Ausführungsplänen hinsichtlich der Einhaltung des Brandschutzkonzeptes; Prüfung von Leistungsbeschreibungen hinsichtlich der Einhaltung des Brandschutzkonzeptes; Mitwirkung bei der Erstellung der Brandschutzordnung für die Baustelle; Erstellung oder Prüfung von Flucht- und Rettungswegeplänen; brandschutztechnische Unterteilung von Bestandsgebäuden.
Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Folgende Mindestanforderungen sind zu erfüllen; Bewerbungen, die diese Mindestanforderungen nicht erfüllen, werden vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen:

(1) Anzahl der festangestellten Architekten und Ingenieure (inkl. Führungskräfte) im Leistungsbild Objektplanung im Sinne HOAI 2009 §33 mit Berufserfahrung größer/gleich 3 Jahre im Durchschnitt der letzten 3 Jahre: Mindestanforderung größer/gleich 2 pro Jahr im Durchschnitt.

(2) Anzahl der festangestellten Ingenieure (inkl. Führungskräfte) im Leistungsbild Tragwerksplanung im Sinne HOAI 2009 §49 mit Berufserfahrung größer/gleich 3 Jahre im Durchschnitt der letzten 3 Jahre: Mindestanforderung größer/gleich 1 pro Jahr im Durchschnitt.

(3) Anzahl der festangestellten Ingenieure (inkl. Führungskräfte) im Leistungsbild Technische Ausrüstung im Sinne HOAI 2009 §53 mit Berufserfahrung größer/gleich 3 Jahre im Durchschnitt der letzten 3 Jahre: Mindestanforderung größer/gleich 2 pro Jahr im Durchschnitt.

(4) Anzahl der festangestellten Architekten und Ingenieure (inkl. Führungskräfte) im Leistungsbild Brandschutz im Sinne AHO-Schriftenreihe Nr. 17 (2009), Abschnitt 1.4, mit Berufserfahrung größer/gleich 3 Jahre im Durchschnitt der letzten 3 Jahre: Mindestanforderung größer/gleich 1 pro Jahr im Durchschnitt.

(5) Für die mindestens 2 und maximal 6 zu benennenden Referenzprojekte, die die unter Ziff. III.2.3 („Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen“ – Unterpkt. 4) genannten Bedingungen erfüllen, gelten die folgenden weiteren Mindestanforderungen:

— Mindestens 1 Referenzprojekt für öffentliche Auftraggeber im Sinne GWB §98;

— Mindestens 1 Referenzprojekt mit der Zuordnung Brandschutzsanierung (Art der Baumaßnahme), für das die Leistungsphasen 2 bis 8 im Sinne HOAI 2009 §33 (Objektplanung) vollständig und durchgehend erbracht wurden;

— durch die Summe der Referenzprojekte müssen die Leistungsphasen 2 bis 8 im Sinne HOAI 2009 §53 für die Anlagengruppen 2, 4 und 5 im Sinne HOAI 2009 §51 mindestens je einmal vollständig abgedeckt sein;

— mindestens 1 Referenzprojekt mit einer Bruttogrundfläche BGF größer/gleich 14 000 m².

Alle Mindestanforderungen müssen in einem oder mehreren Referenzprojekten (max. 6) erfüllt sein, die Kombination dabei ist beliebig.

III.2.4) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: ja
Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift: VOF §19 (2) und (3)
Teilnahmeberechtigt sind Architekten und Ingenieure:

1. Natürliche Personen werden zugelassen, wenn sie nach den Gesetzen der Länder berechtigt sind, die Berufsbezeichnung Architekt oder die Berufsbezeichnung Ingenieur zu tragen oder wenn sie berechtigt sind, in der Bundesrepublik Deutschland als Architekt oder Ingenieur tätig zu werden und bauvorlageberechtigt sind.
2. Juristische Personen werden zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen gemäß dem vorstehenden Absatz benennen.
3. Bei Bergewerkschaften muss mindestens ein Mitglied die Anforderungen erfüllen, die an natürliche oder juristische Personen gestellt werden.

III.3.2) **Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal**

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: ja

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden (ggf. nach einem bestimmten Verhandlungsverfahren) nein

IV.1.2) **Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl 3: und Höchstzahl 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: (1) Die fristgerechte Vorlage der geforderten Nachweise, Erklärungen und das vollständig ausgefüllte Bewerbungsformular gemäß Ziffern III.1.3,

III.2.1, III.2.2 und III.2.3. (2) Die Angaben zur Bewertung sind im Anhang zum Teilnahmeantrag enthalten. Die Auswahl der Bewerber erfolgt auf Grundlage der zum Nachweis der Eignung geforderten Angaben, Erklärungen und Unterlagen mit einem Schwerpunkt bei den Referenzprojekten. Die maximale erreichbare Punktzahl beträgt 6 000 Punkte. Soweit die Mindestanforderungen erfüllt sind, ist die Rangfolge der erreichten Punkte für die Auswahl maßgebend. (3) Falls die aufzufordernden Bewerber wegen Punktgleichstand nicht zweifelsfrei bestimmt werden können, wird die Rangfolge in diesem Bereich im Losverfahren bestimmt. Falls die Zahl der Bewerber, die Bedingungen erfüllen und eine entsprechende Punktzahl erreichen, die aufzufordernde Höchstzahl überschreitet (durch Punktgleichstand), wird der Bewerber, der an 5. Stelle angenommen werden soll, durch Losverfahren (unter den Bewerbern mit Punktgleichstand) ausgewählt.

- IV.1.3) **Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**
Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote nein
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) **Zuschlagskriterien**
das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien
1. Projektspezifische Kapazitäten/zeitliche Verfügbarkeit. Gewichtung 7
 2. Herangehensweise (Projektorganisation 4-fach / Bearbeitungsmethodik 6-fach / Konzepte zur Termin- und Kostensteuerung 4-fach). Gewichtung 14
 3. Herangehensweise an komplexe fachtechnische Aufgabenstellungen (brandschutztechnischen Optimierung denkmalgeschützter Bausubstanz 6-fach / Erneuerung/Optimierung Anlagentechnik bei Bestandsbauten, bevorzugt im Bereich des Trink- und Abwassernetzes 4-fach / Planung und Realisierung eines Umzugsmanagements 2-fach / Qualitätssicherung in der Bauausführung 3-fach / Konzeption von Flucht- und Rettungswegeplänen 1-fach). Gewichtung 16
 4. Honorarangebot. Gewichtung 12
 5. Präsentation/aus dem Bietergespräch gewonnener Eindruck. Gewichtung 4
- IV.2.2) **Angaben zur elektronischen Auktion**
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) **Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:**
4211/51900/425
- IV.3.2) **Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags**
nein
- IV.3.3) **Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung**
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 6.5.2013 - 10:00
Kostenpflichtige Unterlagen: nein
- IV.3.4) **Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**
6.5.2013 - 15:00
- IV.3.5) **Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**
- IV.3.6) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können**
Deutsch.
- IV.3.7) **Bindefrist des Angebots**
- IV.3.8) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein

VI.3) Zusätzliche Angaben

Die in III.2.1 bis III.2.3 geforderten Erklärungen und Angaben werden u. a. im Rahmen der zu verwendenden Formblätter (Bewerbungsformular und, sofern zutreffend, Bewerbergemeinschaftserklärung sowie Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers) präzisiert und abgefordert und sind nicht separat zu erklären/abzugeben. Bei den Formblättern handelt es sich um interaktive PDF-Dateien zum maschinellen Ausfüllen durch die Bewerber, die im Internet (<http://www.planungskultur.de/Ausschreibungen/vof.html>) heruntergeladen werden können. Die Formblätter können auch bei der unter I.1 genannten Adresse schriftlich per Fax unter Angabe der Projektbezeichnung „VOF Rathaus Zehlendorf - Brandschutz- und Strangsanierung“ in Papierform angefordert werden. Die Formblätter sind unter Beachtung der Maßgaben dieser Bekanntmachung zwingend zu verwenden und vollständig auszufüllen und an den entsprechenden Stellen von einem Büroinhaber, einem Geschäftsführer und/oder einem bevollmächtigten Vertreter zu unterschreiben, ansonsten wird der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft zwingend ausgeschlossen.

Im Falle einer Bewerbergemeinschaft ist das Bewerbungsformular für das sich bewerbende Team als Ganzes vorzulegen. Es ist nur ein Bewerbungsformular zugelassen.

Zur Abgabe der Bewerbung entsprechend Punkt IV 3.4 dieser Bekanntmachung ist zwingend ein Papierexemplar der Formblätter an allen dafür vorgesehenen Stellen in deutscher Sprache gut lesbar auszufüllen und zu unterzeichnen und einschließlich der zusätzlich geforderten Nachweise in einem verschlossenen Umschlag, der außen mit dem Vermerk „VOF Rathaus Zehlendorf - Brandschutz- und Strangsanierung - Aktenzeichen 4211/51900/425 - Teilnahmeantrag - Bitte nicht öffnen“ gekennzeichnet ist, einzureichen. Das Fehlen der Unterschrift auf dem Bewerbungsbogen führt unmittelbar zum Ausschluss aus dem weiteren Verfahren.

Die Nichtvorlage bzw. die Vorlage nicht vollständiger Unterlagen, Erklärungen und Nachweise hat den zwingenden Ausschluss des Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft vom weiteren Verfahren zur Folge.

Die Bewerbungsunterlagen verbleiben beim Auftraggeber. Ein Anspruch auf Kostenerstattung besteht nicht.

Zu IV.2.1 Zuschlagskriterien: Hinweis zur Bewertung der Zuschlagskriterien: je Kriterium werden 0, 1, 3 oder 5 Punkte vergeben: 0 Punkte: keine Angaben (Thema/Aspekt nicht angesprochen); 1 Punkt: ausreichend (wenig in die Tiefe gehende, nur allgemein gehaltene Aussagen, ohne erkennbaren Projektbezug); 3 Punkte: befriedigend (zufrieden stellende / plausible Aussagen); 5 Punkte: gut (überzeugende / projektspezifisch angemessene / innovative Aussagen). Es können maximal 265 Punkte erreicht werden. Beispiel: Kriterium Projektspezifische Kapazitäten: erreicht 5 Punkte / Gewichtung 7 / gewichtete Punkte 35.

Die Bewertung der Honorarangebote erfolgt in Abhängigkeit vom Mittelwert, wobei Werte, die unter 80 % und über 115 % des Mittelwerts liegen, mit 1 Punkt bewertet werden. Angebote, die sich zwischen über 105 % und 115 % des Mittelwertes bewegen werden mit 3 Punkten, Angebote zwischen 80 % und 105 % des Mittelwertes werden mit 5 Punkten bewertet. Bei der Mittelwertbildung bleiben das höchste und das niedrigste Angebot unberücksichtigt.

Weitere Auskünfte sind nur auf schriftliche Anfrage oder per E-Mail erhältlich. Die Anfragen sind unter Angabe der Projektbezeichnung „VOF Rathaus Zehlendorf - Brandschutz- und Strangsanierung“ per Telefax an +49 3021751859 oder per E-Mail an zimmer@planungskultur.de zu senden. Die Fragen sind so zu formulieren, dass eine klare Antwort möglich ist. Zur Gewährung des gleichen Informationsstandes aller potentiellen Bewerber

und Bergergemeinschaften werden die anonymisierten Anfragen mit den Antworten im Internet (<http://www.planungskultur.de/Ausschreibungen/vof.html>) kontinuierlich veröffentlicht.

Es werden nur Anfragen zugelassen und beantwortet, soweit sie spätestens bis 25.4.2013 um 14:00 Uhr eingegangen sind.

Die im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Aufgabenstellung bereits erstellten Gutachten und Unterlagen (s. Ziff. II.1.5 dieser Bekanntmachung) können im Falle der Einladung zur Verhandlung eingesehen werden. Eine Kenntnis dieser Unterlagen sowie der Bestandsgebäude/der Liegenschaft ist für das Bewerbungsverfahren nicht erforderlich.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer des Landes Berlin, Geschäftsstelle
Martin-Luther-Str. 105
10825 Berlin
DEUTSCHLAND
E-Mail: poststelle@senwtf.berlin.de
Telefon: +49 3090138316
Internet-Adresse: <http://www.berlin.de/sen/wirtschaft/vergabe/kammer.html>
Fax: +49 3090137613

VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: siehe § 107 Abs. 3 Nr. 1 bis 4 GWB: Die Zulässigkeit von Nachprüfungsanträgen richtet sich nach § 107 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Nach § 107 Abs. 3 Nr. 1 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Vergabeverstoß im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder der Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Angebots- oder Bewerbungsfrist gegenüber dem Auftraggeber zu rügen (§ 107 Abs. 3 Nr. 2 und Nr. 3 GWB). Teilt der Auftraggeber mit, dass der Rüge nicht abgeholfen wird, kann ein Nachprüfungsantrag bei der oben angegebenen Vergabekammer nur innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung schriftlich gestellt werden (§ 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB), wobei für die Fristwahrung der Eingang des Nachprüfungsantrags bei der Vergabekammer maßgeblich ist.

siehe § 101b Abs. 2 GWB:

— 30 Kalendertage ab Kenntnis des Rechtsverstoßes, spätestens jedoch sechs Monate nach Vertragsschluss;

— Im Fall der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU.

VI.4.3) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Vergabekammer des Landes Berlin, Geschäftsstelle
Martin-Luther-Str. 105
10825 Berlin
DEUTSCHLAND
E-Mail: poststelle@senwtf.berlin.de
Telefon: +49 3090138316
Internet-Adresse: <http://www.berlin.de/sen/wirtschaft/vergabe/kammer.html>
Fax: +49 3090137613

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
28.3.2013